



Presseinformation

Nr. 158/2011

Kiel, Dienstag, 22. März 2011

Energie / CCS-Gesetz

Wolfgang Kubicki: Die Bundesregierung sollte die Sorgen der Schleswig-Holsteiner ernst nehmen!

Zur bislang nicht erreichten Einigung über die unterirdische Kohlendioxid-Speicherung (CCS) erklärt der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Wolfgang Kubicki**:

„Bundeswirtschaftsminister Brüderle hat seine Bedenken gegen eine Länderklausel im geplanten CCS-Gesetz formuliert – diese widersprechen der Beschlusslage der schleswig-holsteinischen Liberalen. Die Bundesregierung muss mit unserem Widerstand rechnen, falls sie die berechtigten Sorgen unserer Bürgerinnen und Bürger nicht ernst nimmt und den Gesetzentwurf ohne ein Veto-Recht der betroffenen Länder beschließen sollte.“

Erst am vergangenen Sonnabend (19. März) hatte sich der Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein für ein „uneingeschränktes Veto-Recht der Bundesländer gegen eine CO₂-Endlagerung“ ausgesprochen. „Allerdings wollen wir eine Gesamtlösung erreichen und die Erarbeitung anderer Lösungskonzepte vorantreiben, um der drohenden CO₂-Verklappung in Nordfriesland, dem Wattenmeer und anderen Teilen Schleswig-Holsteins eine Alternative entgegenzusetzen“, so Wolfgang Kubicki weiter. Die deutliche Stärkung der regenerativen Energien und der damit verbundene Netzausbau sei dabei ein zentrales Anliegen. Der FDP-Fraktionsvorsitzende kündigte weitere persönliche Gespräche mit dem Bundeswirtschaftsminister an.

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Günther Hildebrand, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

www.fdp-sh.de